



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Zuschuss an die Medizinische und Trauma-Fachstelle für Geflüchtete der Stadt Nürnberg
(Kap. 03 12 Tit. 685 54)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 12 wird der Ansatz im Tit. 685 54 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen) für das Jahr 2026 von 0 Euro um 331,5 Tsd. Euro auf 331,5 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 03 12 wird der Ansatz im Tit. 685 54 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen) für das Jahr 2027 von 0 Euro um 331,5 Tsd. Euro auf 331,5 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Als Sachgebiet des Gesundheitsamts betreibt die Stadt Nürnberg seit mehreren Jahren die Medizinische und Trauma-Fachstelle für Geflüchtete. Diese stellt eine besondere Anlaufstelle zur medizinischen, psychologischen, psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung in der Stadt dar. Ein internationales Team aus Ärztinnen und Ärzten sowie medizinischen Fachangestellten bietet neben den gesetzlich vorgeschriebenen Erstuntersuchungen und Impfungen auch Sprechstunden für Geflüchtete an und betreut polizeilich auffällig gewordene Geflüchtete. Viele der Hilfesuchenden sind physisch und psychisch extrem vorbelastet und können in der Fachstelle niedrigschwellig Hilfe bekommen. Durch Sprachmittlung werden Fehldiagnosen und aufwändige Untersuchungen vermieden und es kann schneller Vertrauen aufgebaut werden. Die Fachstelle dient hierbei als Brückenbauer, berät und übernimmt in schwierigen Fällen das Case-Management.

Die psychiatrische und psychotherapeutische Arbeit der Trauma-Fachstelle leistet somit sowohl Gewaltprävention und ermöglicht außerdem eine schnellere und bessere Integration der Geflüchteten, da psychische Erkrankungen unter anderem ein erhebliches Hindernis für das Erlernen der Sprache und die Integration insgesamt darstellen.

Zum 31.12.2024 lebten 149 645 Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft in Nürnberg, davon befanden sich 890 noch im laufenden Asylverfahren, 682 Personen hatten eine Duldung. Mit 13 169 Personen machten außerdem ukrainische Staatsangehörige einen nicht unerheblichen Teil aus.

Geflüchtete sind durch ihre Erlebnisse vor, während und nach der Flucht einem erhöhten Risiko für psychische Erkrankungen ausgesetzt. Am häufigsten ist hierbei die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS). Eine Metaanalyse aller Studien, die zwischen 1990 und 2014 die Häufigkeit von PTBS bei Geflüchteten untersucht haben, hat ergeben, dass die Mindesthäufigkeit für PTBS bei 16 bis 23 Prozent liegt. Daneben treten vor allem Depressionen, Angststörungen, psychosomatische Erkrankungen und Suchterkrankungen bei Geflüchteten häufig auf.

Mithilfe speziell geschulter Sprach- und Kulturmittlerinnen und Sprach- und Kulturmittlern können die Ärztinnen und Ärzte sowie Therapeutinnen und Therapeuten der Fachstelle Trauma den besonderen Bedürfnissen der Zielgruppe mit ihrer oft komplexen Vorgeschichte besser gerecht werden als niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, zu denen sehr häufig auch kein Zugang besteht und die darüber hinaus meist keine Kapazitäten haben. Hierbei arbeitet die Fachstelle vor allem nach humanitären Modellen der Notfallpsychologie und bietet Akutinterventionen wie z. B. eine offene Psychoedukationsgruppe an. Die in den letzten Jahren aufgebaute Expertise der Fachkräfte ist somit von unschätzbarem Wert.

Aktuell verfügt die Fachstelle über 5,5 Stellen für Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Fachangestellte und Verwaltungspersonal. Da die ärztlichen Kapazitäten in der Fachstelle zur Versorgung nicht ausreichen, werden zusätzlich Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner, Psychiaterinnen und Psychiater, Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und Kinder- und Jugendpsychiater, sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten auf Honorarbasis eingesetzt. Drei Stellen für Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen sowie Psychiaterinnen und Psychiater konnten 2025 dauerhaft im Stellenplan der Stadt verankert werden. Dies war dadurch möglich, dass die Kosten für Leistungen aus dem allgemeinmedizinischen Part, der u.a. die verpflichtenden Erstuntersuchungen von Geflüchteten umfasst, rückerstattet werden. Diese Untersuchungen übernimmt die Fachstelle auf Weisung der Regierung von Mittelfranken. 2024 umfassten die dadurch gewonnenen Rückerstattungen rund 43.000 Euro.

Insgesamt belaufen sich die jährlichen Gesamtkosten für die Fachstelle auf rund 663.000 Euro. Davon entfallen 234.257,25 Euro auf Personalkosten für die erstattungsfähigen Pflichtaufgaben. Die freiwilligen Leistungen, zu denen vor allem die Versorgung der psychisch Erkrankten gehört, belaufen sich auf 221.757,25 Euro an Personalkosten. Der Restbetrag entfällt auf die Miete der Räume in der Lina-Ammon-Straße, die oben genannten Honorarkosten sowie Materialien. Auch wenn in den vergangenen Jahren bereits an vielen Stellen Kosten eingespart wurden (z. B. Reduzierung der Stunden für Verwaltungspersonal und Umzug in stadteigene Räume), kann die Stadt Nürnberg die Summe für die nicht minder wichtigen freiwilligen Leistungen aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht alleine aufbringen. Zuletzt wurden im Gesundheitsamt sogar Stellen gestrichen. Erschwerend kommt hinzu, dass Ende 2026 der Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) ausläuft. Eine Finanzierung über das Jahr 2026 hinaus ist ohne Zuschüsse also fraglich. Mit der medizinischen und Trauma-Fachstelle nimmt Nürnberg jedoch eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Ihr Fortbestand ist nicht nur aus gesundheitlicher Perspektive sinnvoll. Wenn durch die dort angebotene psychotherapeutische, psychologische und psychiatrische Betreuung Gewaltprävention und eine gute Integration von Geflüchteten gelingen, werden so langfristig Mittel eingespart. Es wird daher beantragt, dass der Freistaat durch die Übernahme der Hälfte der jährlichen Gesamtkosten i. H. v. 331.000 Euro zum dauerhaften Erhalt der Fachstelle beiträgt. U. a. nach der Gewalttat eines Geflüchteten Afghanen in Aschaffenburg im Januar 2025 haben sich die Innenminister der Länder selbst dafür ausgesprochen, bei der präventiven psychosozialen Versorgung von Geflüchteten neue Wege zu gehen. Genau diese Arbeit leistet die Fachstelle Trauma. Mit ihrer Weiterfinanzierung kann der Freistaat seiner integrationspolitischen Pflicht nachkommen.